

Deutscher Bibliotheksverband e.V.
Protokoll der Beiratssitzung am 5. Juni 2008 in Mannheim

Zeit: Donnerstag, den 5. Juni 2008
von 09.00 – 11.00 Uhr

Ort: Sitzungsraum 2.10, Ebene 2
Congress Center Rosengarten Mannheim
Rosengartenplatz 2
68161 Mannheim

Teilnehmer: Mitglieder des dbv-Präsidiums, des dbv-Vorstandes und des
dbv-Beirats lt. beigefügter Teilnehmerliste in Anlage 1

Sitzungsleitung: Gudrun Heute-Bluhm, Präsidentin

Protokoll: Barbara Schleihagen, Geschäftsführerin

TOP 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Die Präsidentin des dbv, Frau Heute-Bluhm, begrüßt alle Teilnehmer sehr herzlich und dankt für ihr Kommen. Der TOP 3 wird zeitlich etwas nach hinten verschoben, da Frau Prof. Beger wegen Zugverspätung erst später eintreffen wird. (Der TOP erscheint hier jedoch in der Reihenfolge der Tagesordnung.) Mit dieser Umstellung wird die Tagesordnung genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Beiratssitzung vom 27. Februar 2008 in Frankfurt/Main

Das Protokoll der Beiratssitzung vom 27.02.2008 wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 3: Bericht des dbv-Vorstandes über Aktivitäten seit Februar 2007, darin auch:

TOP 3.1. Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“, vor allem: Bibliotheksgesetze in den Bundesländern

Herr Dr. Simon-Ritz berichtet über die öffentliche Anhörung des Wissenschaftsausschuß im Thüringer Landtag am 29. Mai 2008 zu den Entwürfen für ein geplantes Bibliotheksgesetz und über die dort vertretenden unterschiedlichen Positionen. Die CDU lehnt es ab, Bibliotheken als Pflichtaufgabe in ein Gesetz aufzunehmen, und möchte sogar gesetzlich festschreiben, daß sie freiwillige Aufgaben sind. Die vorgesehene Definition von Bibliothek als „Bildungseinrichtung“ eröffnet jedoch neue Fördermöglichkeiten. Vom Städte- und Gemeindetag gab es das Angebot, über Mischfinanzierungen bei der Bestandsaktualisierung (jedoch nicht beim Personal) nachzudenken. Wichtig ist, daß es zunächst gelungen ist, Bibliotheken auf die Tagesordnung zu heben, jedoch liegt noch viel Arbeit vor dem Verband. Herr Dr. Heeg berichtet von der geplanten Nicht-Öffentlichen Anhörung zum Thema „Bibliotheken“ des Ausschuß für Bildung, Wissenschaft und Kultur im Landtag Mecklenburg-Vorpommern am 17. Juli 2008. Herr Lorenzen informiert über die bestehende Mischfinanzierung in Schleswig-Holstein, wo Zuschüsse für Personal und Medien in der Landesverfassung als Aufgabe des Landes verankert sind. Aus Sachsen-Anhalt wird berichtet, daß vor allem die fachliche Leitung einer Bibliothek in ein Gesetz aufgenommen werden soll.

Die anschließende Diskussion dreht sich um die Frage, ob die Forderung nach Pflichtaufgabe richtig ist und die Konzepte des Verbandes dafür bereits ausgereift genug seien. Es wird darauf hingewiesen, daß die Definition de Bibliothek als „kommunale Bildungseinrichtung“ von der Sache her schon ein großer Gewinn ist, da der Unterhalt von Bildungseinrichtungen pflichtig ist. Frau Heute-Bluhm und Herr Schlegel sprechen sich dafür aus, ein eher knappes und kurzes Mustergesetz vorzulegen und den derzeitigen dbv-Entwurf entsprechend zu

verkürzen. Wenn Bibliotheken als Teil des Bildungswesens anerkannt werden, ist bereits viel geschafft. Es wird darauf hingewiesen, daß ein Bundesland durch das Konnexitätsprinzip mit einer Festschreibung der Bibliothek als Pflichtaufgabe zur Finanzierung beitragen muß.

Frau Prof. Beger bittet alle Beiratsmitglieder um Informationen über weitere Entwicklungen. Als Fazit hält sie fest, daß es wichtiger ist, daß Bibliotheken auf der Tagesordnung bleiben, als unbedingt in jedem Bundesland ein Gesetz zu bekommen. Eine gute Entwicklung kann auch in Bibliothekskonzepten liegen. Wichtig ist es, keine Standards in die Gesetze aufzunehmen.

TOP 3.2. „Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek“

Frau Beger und Frau Schleihagen berichten über den Stand der Vorbereitungen. Der Bundespräsident hat die Schirmherrschaft übernommen, und die Medien sind sehr interessiert. Es wird nach dem Stand der Prominentenkontakte gefragt und wann die Vorlagen für die Bibliotheken bereit stehen werden. Frau Schleihagen erläutert, daß die Anfragen an die Prominenten noch laufen, und Stichtag der 15. Juni 2008 ist. Sollte es bis dahin keine Zusagen geben, werden die historischen Motive für die Plakate gewählt werden. Frau Ziller weist darauf hin, daß der Erfolg der Kampagne nicht davon abhängt, ob Prominente auf den Plakaten abgebildet sind, sondern daß sie Stellung zur Kampagne beziehen. Nach der Kampagne soll es unbedingt eine Auswertung mit Rückmeldungen der Bibliotheken, Bildern und Berichten geben. Die Druckvorlagen werden ab Juli auf der Website bereitstehen.

Herr Dr. Lorenzen weist darauf hin, daß das Wichtigste die Beteiligung der Bibliotheken ist. Frau Prof. Beger erläutert auf Rückfrage, daß mit der Gewinnung der Medienpartner eine Agentur beauftragt wurde. Es wird von Herrn Dr. Werner darauf hingewiesen, daß die Landesverbände nicht in der Lage sind, die Pressearbeit zu leisten. Frau Prof. Beger macht deutlich, daß die gesamte Pressearbeit ebenfalls von der Agentur Artefakt übernommen wird. Es werden unterschiedliche Pressemitteilungen erstellt werden, die auch von den Bibliotheken für die lokale Pressearbeit genutzt werden können.

TOP 3.3. Sonntagsöffnung in Bibliotheken

Frau Prof. Beger informiert über das Bundesarbeitszeitgesetz und verweist auf das Vorstandsprotokoll vom 15. und 16. Februar 2006, wo beschlossen worden war, an einer Änderung zu arbeiten, die die Sonntagsöffnung auch für öffentliche Bibliotheken ermöglicht. Eine Forderung für eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes gibt es aus dem Landesverband Berlin, aber auch aus Landesverband Bremen. Ein kirchlicher Vertreter hatte sich öffentlich dagegen geäußert. Von einigen Bibliotheksmitarbeitern gibt es Bedenken dagegen, die Bibliotheken sonntags ohne bibliothekarisches Fachpersonal zu öffnen. Auch Frau Prof. Beger ist skeptisch, was eine Öffnung von öffentlichen Bibliotheken ohne Fachpersonal betrifft, in wissenschaftlichen Bibliotheken ist dies jedoch gängige Praxis für Sonntage. Herr Pitsch erbittet Informationen dazu, wen er ansprechen kann wegen der abschlägigen Äußerung und wird Kontakt aufnehmen.

TOP 4: Schwerpunktthemen aus den Sektionen, Landesverbänden, Kommissionen und Expertengruppen, darin auch: Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg „Finanzierungskonzept“

Frau Ziller stellt den Antrag aus Baden-Württemberg vor, über zukünftige Aufgaben und die Finanzierung des dbv in einer Arbeitsgruppe intensiv zu beraten und dann Vorschläge vorzulegen. Konkreter Auslöser für den Antrag war die Schwierigkeit, die Druckkosten für die Publikation über Standards für öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg zu finanzieren. Frau Ziller betont, daß die Mitgliedsbeiträge des dbv für die Kommunen im

Vergleich zu den Volkshochschulen sehr gering sind. Frau Hachmann unterstützt den Antrag und begrüßt eine verstärkte Lobbyarbeit, neue Strukturen und verbesserte Publikationsmöglichkeiten. Auch Herr Deifel stimmt zu, daß über Änderungen in einer AG intensiv nachgedacht werden sollte. Es gibt keine Gegenrede zu dem Antrag aus Baden-Württemberg. Herr Schlegel betont, daß der Beirat damit seine Bereitschaft signalisiert, die angestrebten Änderungen mitzutragen. Frau Heute-Bluhm empfiehlt, daß die AG möglichst schnell ihre Arbeit aufnimmt, und ermutigt die AG, nicht schon zu Beginn der Arbeit in Kompromissen zu denken.

Der Beirat beschließt einstimmig, dem Antrag von Baden-Württemberg zu folgen und eine AG einzusetzen, die die künftigen Aufgaben und Finanzierungsmöglichkeiten des Verbandes untersucht.

Herr Dr. Müller berichtet von den Plänen der Rechtskommission, die Rechtsvorschriften künftig in wichtigen Teilen auch über das Bibliotheksportal anzubieten. Dies findet den Beifall des Beirats.

TOP 5: Bericht aus der BID

TOP 5.1. Publikation „Bibliothek 2012“

In Vertretung von Frau Lison erläutert Herr Dr. Lorenzen den Hintergrund und die Entwicklung der geplanten Publikation, die nun „21 gute Gründe für gute Bibliotheken“ heißen soll. Es soll eine Publikation für alle Bereiche werden, journalistisch geschrieben sein, und ein Musterbibliotheksgesetz enthalten sowie einige wenige Normen für wissenschaftliche und für öffentliche Bibliotheken. Die Vorsitzenden der Sektionen und Landesverbände waren gebeten worden, den Entwurf der Publikation innerhalb ihrer Gremien zu diskutieren und Rückmeldungen zu geben.

Herr Deifel weist für die Sektion 6 darauf hin, daß die neben- und ehrenamtlich geführten Bibliotheken nicht erwähnt werden, auch vermißt er einen Hinweis auf andere nicht-staatliche oder nicht-kommunale Träger. Es wird darauf hingewiesen, daß sich die Publikation vor allem an staatliche Träger wendet, um die Forderung nach Bibliotheksgesetzen zu bekräftigen. Herr Pitsch argumentiert, daß dann nicht die Gesamtzahl der Bibliotheken mit 11.500 kommuniziert werden dürfe. Er weist zum Vergleich darauf hin, daß in den Gesetzen für Kindergärten die Angebote freier Träger ebenfalls berücksichtigt seien.

In der weiteren lebhaften Diskussion, an der sich u.a. Herr Dr. Brahms, Frau Ziller, Frau Heute-Bluhm, Frau Rasche, Herr Schlegel, Herr Dr. Simon-Ritz, Herr Dr. Lorenzen, Herr Dr. Müller-Jerina und Frau Hayn beteiligen, wird die Publikation für den gedachten Adressatenkreis „Politiker“ als zu umfangreich kritisiert. Sie richte sich in ihrer Art eher an die allgemeine Öffentlichkeit. Zusätzlich sollte es aber Handreichungen auf zwei Seiten für politische Entscheidungsträger geben.

Weiterhin wird vorgeschlagen, sich auf einige wenige Standards statt auf Trägerschaften zu konzentrieren, und vor allem die Vielfalt der Bibliothekslandschaft in Deutschland deutlich werden zu lassen. Die Standards sollten jedoch nur für die Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft gelten, da sie von neben- oder ehrenamtlich geführten Bibliotheken nicht oder nur schwer zu erreichen sind. Vertreter aller Bibliothekstypen sollten sich in der Publikation wiederfinden können. Daher wird dafür plädiert, auch die Bibliotheken in kirchlicher oder in privater Trägerschaft in den Text mit aufzunehmen. Herr Pitsch wird darum gebeten, entsprechende Textvorschläge zu senden.

Weiterhin wird vorgeschlagen, in der Publikation auch Schlagworte für die politische Diskussion zu liefern, z.B. die Bedeutung der Bibliothek für Bildungsstandort oder Wissenschaftsstandort. Wichtig ist auch die Forderung nach Bibliotheken als Pflichtaufgabe der Kommunen zu betonen und eine prägnantere Darstellung der Bibliotheksangebote anzustreben.

Frau Heute-Bluhm bittet den Beirat um Handzeichen, ob er damit einverstanden ist, die Publikation weiter zu bearbeiten, und dabei auf die Zielgruppe „allgemeine Öffentlichkeit“ zu setzen und zusätzlich ein kurzgefaßtes Papier für politische Entscheidungsträger zu erarbeiten. Dies wird einstimmig beschlossen.

TOP 5.2. Bibliothek & Information International

Der Bericht von Frau Klauser entfällt, da sie nicht anwesend sein kann. Frau Prof. Lux bittet darum, daß noch Reiseanträge gestellt werden, da noch genug Geld vorhanden ist.

TOP 6: Schwerpunkthemen des Kompetenznetzwerkes für Bibliotheken

TOP 6.1. BIX-Bibliotheksindex und Koordination der bundesweiten Pressearbeit

Frau Wimmer gibt einen kurzen Sachstandsbericht zum BIX und informiert darüber, daß der Publikationstermin für die Pressearbeit in den Landesverbänden bekannt demnächst bekannt gegeben wird.

TOP 6.2. Bibliotheksportal

Frau Wimmer berichtet, daß die Finanzierung durch die KMK genehmigt ist. Die Bemühungen um weitere Fördermittel laufen.

TOP 6.3. Internationale Kooperation und EU-Projektberatung

Frau Wimmer informiert darüber, daß Frau Klauser nun auch bei der EBLIDA in einer Arbeitsgruppe zur Kultur tätig wird. Bei den EU-Projekten führt Frau Stumm, Staatsbibliothek zu Berlin, Einzelberatungen durch.

TOP 7: Verschiedenes

Herr Dr. Heeg berichtet, daß es vom KMK Hochschulausschuß einen Auftrag zur Neufassung der Leihverkehrsordnung gibt, dazu sollte eine AG gegründet werden, die die Neufassung erarbeitet, aktualisiert und rechtlich absichert.

Herr Dr. Heeg weist weiterhin auf die neuen Verhandlungen zum Urheberrecht (52a und 52b) hin – die Entfristung steht bevor, der alte Vertrag sieht vor, daß dann eine Einzelabrechnung in Kraft tritt, die aus eigenen Mitteln der Bibliotheken erbracht werden muß.

TOP 8: Termine

Nächste Beiratssitzung findet am 22.-23.09.2008 in Brandenburg an der Havel statt.

Frau Heute-Bluhm dankt allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 11.00 Uhr.

gez. Gudrun Heute-Bluhm (Präsidentin)
Sitzungsleitung

Barbara Schleihagen (Geschäftsführerin)
Protokoll